

Diese Zeitung richtet
sich gegen Gewerkschaften.
Preis pro Exemplar durch
die Post bezogen 2.-
Gingetragen in die Post
genügsame Nr. 6482.

Einheitspreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Gehälter-Blätter, die
8 geplante Kolonial-Zeile
50,-
Gehaltsangelegenheiten werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von W. Oetzel
Haus von A. R. G. Meister & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: Gottlieb Bräuer, Hannover.
Schriftleitung: Gewerkschaftszeitung v. Ufa.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Einspruch-Nr. 2022.

Forderungen der deutschen Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der mit den maßgebenden Stellen im Reiche in den letzten Wochen wiederholt über eine Abhilfe der großen Arbeitslosennot in Deutschland verhandelt hat, veröffentlicht jetzt die nachstehenden formulierten Forderungen, die er an die Reichsregierung gestellt hat. Der größte Teil dieser Forderungen war schon Gegenstand der erwähnten seitlichen Verhandlungen, deren Verlauf zu der Hoffnung berechtigt, daß sie nach Möglichkeit Berücksichtigung finden werden, weil auch die Regierung sich des Ernstes der Lage bewußt zu sein scheint. Das Schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Reichsregierung, worin er seine Forderungen aufzumengestellt nochmals unterbreitet hat, datiert vom 28. Februar und hat folgenden Wortlaut:

Die große und andauernd steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland, deren zerstörende moralischen und volkswirtschaftlichen Folgen immer verhängnisvoller werden, erfordert dringend außerordentliche Maßnahmen. Der seitliche Weg, die Erwerbslosen durch Gewährung laufender Unterstützung aus öffentlichen Mitteln notdürftig über Wasser zu halten, kann wegen der völlig ungenügenden Höhe der Unterstützungen, die trotzdem in ihrer Gesamtheit eine starke Belastung der Finanzen des Reiches und der Länder darstellen, nicht als Ausweg aus dieser unheilvollen Krise angesehen werden. Denn dieser Weg hat das Anwachsen der Arbeitslosenziffern nicht verhindert und auch die Arbeitslosen vor dem Versinken in immer gräßeres Elend nicht bewahrt.

Um Recht verlangen die Erwerbslosen Arbeit und ausreichenden Verdienst anstatt der Unterstützung, die auch bei weiterer Erhöhung doch immer unzureichend bleibt. Aber auch aus volkswirtschaftlichen Gründen ist es nicht zu rechtfertigen, noch länger an der unproduktiven Verwendung der großen Summen für Erwerbslosenunterstützung festzuhalten. Es muß vielmehr über den Rahmen der seitlichen Maßnahmen hinaus gefordert werden, daß möglichst für alle Arbeitslosen auf schnellstem Wege Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Da dies der privaten Initiative bisher nicht gelungen ist und auch in absehbarer Zeit nicht gelingen wird, ist ein sofortiges Eingreifen des Reiches, der Länder und der Gemeinden eine dringende Notwendigkeit.

Aus diesen Erwägungen erhält der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund folgende

Forderungen:

1. Sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfange. In erster Linie sind die für die öffentlichen Verkehrsbetriebe erforderlichen Errichtungsarbeiten ohne jeden Verzug in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind schleunigst bereitzustellen.
2. Bei der Vergabe dieser Aufträge sind die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrages Arbeitslose einzustellen. Zu diesem Zweck ist, soweit dies technisch durchführbar ist, eine verstärkte Arbeitszeit einzuführen oder diese beizubehalten, soweit sie bereits besteht. Wo durch Schichtwechsel mit verkürzter Arbeitszeit die doppelte Arbeitsetzahl beschäftigt werden kann, ist eine solche Bedingung bei Übertragung öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.
3. Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, ist zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe zu verteilen. Möglicherfalls ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.
4. Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind als Roistandarbeiten zu erklären, bei denen der Unternehmergevin auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen ist. Den Arbeitern sind, um Arbeitsstreitigkeiten möglichst zu vermeiden, die Tarifabschlüsse sicherzustellen.
5. Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Antragsvergabe, soweit es sich um die in Ziffer 2-4 vorgegebenen Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften zugelassen.
6. Wo es auf keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemein, also auch für private Aufträge, die Arbeitszeit der noch wohl Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingesetzt wird. Die seither Vollbeschäftigte werden zu diesem Opfer or in gänzlich Arbeitslosen bereit sein, wenn die in Ziffer 7 folgende Forderung erfüllt wird.
7. Allen Kurzarbeitern ist der bei der verkürzten Arbeitszeit entstehende Lohnanfall soll zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern zu tragen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern hieraus entzehrenden Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Diese

Für oder gegen die Einheitsfront?

Die Zentralstelle der Gewerkschaftsinternationale befindet sich in Amsterdam. Die Kommunisten haben eine zweite Zentralleitung in Moskau eingesetzt. Kann dieses Vorgehen zur Einheitsfront führen? Nein. — Für die freien Gewerkschaften Deutschlands ist die Zentrale der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Kommunisten haben in Berlin eine kommunistische Gewerkschaftszentrale geschaffen. Wer ist dumm genug, zu glauben, daß dadurch eine Einheitsfront der kämpfenden Arbeiter entsteht? Zwei Leitungen in einem seither einheitlich gerichteten Organisationskörper können unmöglich zur Einheitsfront führen, die Folge kann nur deren Zerreißung sein. Also arbeiten die Kommunisten gegen die seither bestehende Einheitsfront.

Maßnahme kann aber nur eine vorübergehende und nicht von langer Dauer sein, sondern es muß mit Hinsicht auf die Existenzmöglichkeit der Kurzarbeiter in der jetzigen teuren Zeit alles aufgewendet werden, um die Kurzarbeit baldigst wieder in Vollarbeit umzuwandeln.

8. Die Belebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ist mit größerer Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiete hat in erster Linie und noch vor der Bekämpfung der Wohnungsnott die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu gelten.
9. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung vorstehender Forderungen keine Arbeit verschafft werden kann, ist eine weitgehende, den Teuerungsverhältnissen angemessene Erhöhung der laufenden Unterstützung zu beschließen, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Hunger zu gesetzt werden. Zu dem gleichen Zweck ist die Schulversorgung für Kinder unbedingt Eltern einzuführen und auszubauen.
10. Damit aus der Durchführung vorstehender Maßnahmen keine weitere Steigerung der Inflation eintritt, wird mit allem Nachdruck die sofortige Einhebung aller Besitzrechten verlangt.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,
T. H. Leipart

Der Internationale Gewerkschaftsbund zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat am 9. Februar an die angeschlossenen Organisationen folgendes Rundschreiben erlassen:

Werte Genossen!

Die gemeinschaftliche Internationale kann sich gegenüber der in allen Ländern zu Tage tretenden enormen industriellen Krise nicht gleichgültig verhalten.

Alle an die angeschlossenen Organisationen einlangenden Nachrichten zeigen, daß die Arbeitslosigkeit immer größere Dimensionen annimmt. In allen Zweigen der Produktion gehen die Unternehmer zur Schließung von Fabriken und Werkstätten über oder lassen längere Zeit arbeiten. Von überall kommen Nachrichten, daß man die Arbeiter zu gewinnen versucht, sich eine Herabsetzung des Löhnes gefallen zu lassen.

Das Bureau der gemeinschaftlichen Internationale hat hierzu eine Stellung genommen; es kann die Argumente der Unternehmer, die eine Einschränkung der Produktion für nötig erklären, nicht gelten lassen. Es stellt fest, daß vor wenigen Monaten die Unternehmer noch erklärt haben, daß die Produktion vermehrt werden müsse, um sich gerade auf diesen Standpunkt zu bringen, um damit die Arbeitsförderungen zu belämmern.

Es ist unmöglich, zu behaupten, es wäre zu viel produziert, während infolge des Krieges die entsieglichte Bevölkerung in der Welt beträchtlich, die meisten Länder vom Elend heimgesucht und die Räume noch nicht ausgebaut sind.

Man kann nicht sagen, die Lebensmittelproduktion weise ein Überschub auf, während Hunderttausende von Arbeitersfamilien nicht genug haben, um leben zu können.

Es ist unerhört, daß in Amerika, in England in Frankreich und Deutschland Spinatketten stillstehen, während Millionen Frauen und Kinder ohne Kleidung sind. Es ist eine Schmach, daß enorme Mengen von Baumwolle vernichtet werden können, daß große Vorräte von Wolle unbekämpft liegen bleiben, die Fabriken unter Rohstoffmangel leiden, während es in den meisten Haushalten mehr als je zu Fasche geht.

Ein beträchtlicher, durch den Egoismus der kapitalistischen Unternehmer bedingter Zustand, die ohne Rücksicht auf das Eigentumswahlrecht ihres persönlichen Interesses im Auge haben, bedeutet an sich eine Verarbeitung des Systems, das derartige Wohlbrüche möglich macht.

Die Annahme der Unternehmer, die Krise auszuspinnen, um die Löhne herabzufügen, ist eine unchristliche Drohung gegenüber den Arbeitern. Sie kann nur dazu führen, das Elend zu verschärfen und die Krise zu verschärfen. Denn wenn die Unternehmer sich über den monatlichen Abfall ihrer Vorräte beklagen, so vergessen sie dabei, daß es die gegenwärtigen Krisenbedingungen sind, die die Arbeiter zwingen, ihre Kräfte zu degradiieren.

Die Arbeitersorganisationen müssen dieses Vorgehen mit allen Kräften bekämpfen und in den immer mehr aufwachenden Kosten der Arbeitslosen den Kampfgeist und den Kampfwillen im Sinne der auf dem Londoner Gewerkschaftskongress formulierten Forderungen entfachen.

Die industrielle Krise ist über die ganze Welt verbreitet; eine Hilfe kann nur eine internationale Aktion bringen. Es kann in der gegenwärtigen Lage der verschiedenen Länder für eine Arbeitslosigkeit kein Anlaß mehr sein, wenn die Regierungen den durch die Valutadifferenzen verursachten Problemen eine Lösung im Sinne der von den Arbeitern formulierten Forderungen geben, die die verarmten Nationen interessieren würde, die für die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Individuen wie der Industrie nötigen Anschaffungen vornimmen, während sie den günstiger gehaltenen Rationen die Möglichkeit bieten würde, ihre Waren abzuspielen.

Das Bureau der gemeinschaftlichen Internationale macht die Arbeitersorganisationen aller Länder nochmals darauf aufmerksam, daß das Anwohnen des nationalen Reichtums die Verelendung der Arbeiter zur Folge haben kann, und fordert sie daher auf, die Politik des wirtschaftlichen und finanziellen Imperialismus, dessen Wirkungen sich gegen die Arbeiter lehnen, zu bekämpfen.

Das Bureau erachtet die angeschlossenen Gewerkschaften dringend, die internationale Verteilung der Rohstoffe zu fordern. Es ist ungültig, daß zum Beispiel in gewissen Ländern Kohlemangel herrscht, während in England, im Saargebiet und selbst in Frankreich die Kohlenproduktion teilweise stillgelegt wurde oder eine Stilllegung bevorsteht, weil sich die Kohlen in den Schächten stauen.

Das Bureau ruft die Gewerkschaften auf, die systematische Propaganda für die Sozialisierung der Produktionsmittel im Sinne der Londoner Beschlüsse fortzusetzen und noch zu verstärken. Wenn die Produktion nicht mehr dem Nutzen einzelner dienen, sondern ausschließlich zugunsten der Gesamtheit funktionieren will, wird von einer Verminderung der Produktion oder einer erzwungenen Arbeitslosigkeit nicht mehr die Rede sein können.

Das Bureau fordert das organisierte Proletariat der verschiedenen Länder auf, die Mönner, die unter der Androhung der Schließung der Fabriken und unter Ausnützung des Elends auf eine Herauslösung des Löhnes abzielen, mit einer energischen Propaganda zu beantworten und ihrer die größtmögliche Ausbeutung zu sichern.

Es ist meiter Pflicht des Bureaus, die Landeszentralen auf die Motivationen zu verweisen, mit allen Mitteln eine Krise zu bekämpfen, die der Weltrevolution alle Waffen gegen die Arbeiter und ihre Organisationen an die Hand gibt.

Iudem wir Sie ersuchen, die gemeinschaftliche Internationale von Ihrem im Hinblick auf dieses Schreiben genommenen Maßnahmen auf dem Laufenden zu halten, verbleiben wir

Mit brüderlichen Grüßen.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

2. Vorstand: 1. Vizepräsident: E. Wettens. 2. Vizepräsident: Ed. Gimmen, Sekretär. 3. Vizepräsident: G. Döberecker, Sekretär.

Betriebsratwesen.

S 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 und Verordnung vom 8. November 1920 über Betriebsstilllegungen und Abbrüche.

Die Firma Diederich & Paquet in Brohl a. Rh. hatte am 29. Januar einem Teil ihrer Belegschaft fehllos gekündigt und, nachdem hiergegen seitens der Organisationsleitung Einspruch erhoben wurde, der ganzen Belegschaft die 14tägige Kündigung ausgesprochen.

Der Arbeitgeberverband für Industrie und Landwirtschaft von Andernach und Umgegend lehnte den Einspruch ab unter Hinweis auf § 85 Abs. 2 des B.A.-G., nach welchem dem Betriebsrat kein Einspruchrecht zusteht.

Der Schließungsausschuß Andernach a. Rh. fällte in seiner Sitzung vom 12. Februar 1921 folgenden Spruch:

In Sachen Streik der Arbeit bei der Firma Diederich & Paquet in Brohl hat der Schließungsausschuß folgenden Schiedsspruch abgegeben:

Die Firma wird ihr verpflichtet erklärt,

1. die Arbeiter Raab und Schiele wieder einzustellen, weil sie der Vorwurf des § 12 der Verordnung vom 12. 2. 20 über Streik von Arbeit nicht entsprochen hat;

2. die gesamte übrige Belegschaft gemäß der Verordnung vom 8. 11. 20 weiter zu beschäftigen, bis die nach § 1 dieser Verordnung vorgeschriebene Anzeige an die Demobilisierungsbörde erstattet und die von dieser Anzeige laufende Frist von 4 Wochen verstrichen ist.

Begrüßung.

Zu 1. Die Firma gibt zu, den beiden Arbeitern Raab und Schiele zur Verminderung der Arbeiterränge gekündigt zu haben, ohne eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit durch Streik der Arbeit verhindern zu haben. Für ihre Behauptung, daß ihr eine Arbeitsstreckung nach den Verhältnissen des Betriebes nicht zugemessen werden könne, hat sie keinerlei Tatsachen vorbringen können. Die Wiederaufnahme der beiden Arbeiter war deshalb der Firma nach der Verordnung vom 12. 2. 20 zur Pflicht zu machen.

Zu 2. Nach Entlassung der beiden genannten Arbeiter hat die Firma am 12. 2. 21 ihrer gesamten Belegschaft mit 14tägiger Frist gekündigt, weil sie sich wegen Mangels an Aufträgen zur Stilllegung des ganzen Betriebes entschlossen hatte. Die Firma gibt zu, in der Siegel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt zu haben. Die Verordnung vom 8. 11. 20 findet daher hier keine Anwendung. Da die Firma den Vorwurf dieser Verordnung bezog, Eingesetzlich und Kündigung zu wider gehoben hat, vor ihr die einstweilige Weiterbeschäftigung der Belegschaft nach Maßgabe dieser Verordnung aufzugeben.

Andernach, den 12. Februar 1921.

geg.: Engelmann,
Kaufgerichtsrat und Vorsitzender des Schließungsausschusses.
Die Firma hat das Urteil anerkannt. D. Sch.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Der Streik in Leverkusen.

Nachdem der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie und die Betriebsleitung der Farbwerte erklärt hatten, mit der Streitleitung und der bisherigen Zahlstellenleitung Wiesdorf auf Grund der Vorgänge (siehe Bericht im "Proletarier" Nr. 9) nicht verhandeln zu können, bestellte der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes den Kollegen Elsner vom Gau Düsseldorf zum Verhandlungsbefolmächtigten, der in einer Versammlung der Streitenden das Mandat erhielt, Verhandlungen einzuleiten und durchzuführen. Die Verhandlungen ergaben, daß die Firma den Betrieb am Donnerstag, 3. März, mit circa 60 bis 80 Prozent der bisher beschäftigten eröffnen werde, wenn sich die Arbeiter durch Postkarte bereit erklärt hätten, die Arbeit aufzunehmen. Circa 6500 Arbeiter haben sich darauf gemeldet. Kollege Elsner sollte in weiteren Verhandlungen feststellen, nach welchen Grundsätzen die Arbeiter eingestellt werden sollten und wie die Zahl der Einzufließenden erweitert werden könnte. In dieser Situation teilte die Firma mit, daß der Betrieb bereits am Mittwoch, dem 2. März, mit rund 80 Prozent der bisher beschäftigten Arbeiter eröffnet werden sollte, durch die Haltung der Bleilöter die Aufnahme der Arbeit aber hinausgeschoben werden müsse. Die Bleilöter hatten beschlossen, sich nicht durch Postkarte anzumelden, sondern ohne weiteres geschlossen in den Betrieb zu gehen, so wie sie ihn verlassen hatten. Eine weitere Versammlung der Bleilöter legte jedoch fest, daß die Bewegung der Bleilöter seit langer Zeit vorbereitet und vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes als solche funktioniert worden sei. Die Bleilöter hatten die Arbeit einen halben Tag früher als die übrigen Arbeiter niedergelegt und waren nicht gewillt, bedingungslos wieder anzutreten. Die Firma erklärte, den Betrieb nicht aufnehmen zu können, wenn die Bleilöter im Streik beharrten. Durch Zusammenbruch des Oleumbetriebes sind die Bleilöter unentbehrlich.

Am 1. März verhandelten die Organisationsvertreter mit der Direktion. In vorhergehender Aussprache der beteiligten Organisationen und der Streitleitung waren die von der Firma herausgegebenen Grundsätze für die Wiederaufnahme der Arbeit bekanntgeworden und zum Gegenstand der Verhandlung gemacht. Die Firma erklärte bei der Verhandlung von vornherein, die Grundsätze unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Es konnte aber eine Besprechung zwischen feststehen. In dieser Besprechung wurde festgestellt, daß diese Grundsätze die Plattform zur Aufnahme des Betriebes abgeben sollen und mit Ausnahme eines Punktes Änderungen des bisherigen Rechtes nicht vorsehen. Auf Anfrage erklärte die Firma, daß nach wie vor durch die Anerkennung der Grundsätze das Recht der Arbeiter auf Abänderungsanträge und deren Verhandlung durch den Betriebsrat nicht befehlten werden soll. Die Grundsätze sollen die Verhältnisse festlegen, die bei Rücknahme der Arbeit gelingen haben sollen. Die Firma verzögerte auch auf eine spätere Mitteilung der Bleilöter, ob sie die Arbeit aufnehmen wollen. Es soll der Verhandlungsleiter, die Arbeit aufzunehmen genügen. Die Bleilöter sollen rasch eingestellt werden, mit Ausnahme eines, der seine Entlassung schon genommen hat. Eine Bleilöterversammlung am 2. März hat beschlossen, die Arbeit aufzunehmen. Richtiglich haben sich andere Erfahrungen geltend gemacht. Der Ausgang ist mit bis zur Erklärung dieses Berichtes nicht bestimmbar.

In einer allgemeinen Streitversammlung nahmen die Arbeiter zur Seite Stellung. In dieser Versammlung wurde überwiegend der Streik des Kollegen Elsner befürwortet, als vielmehr das Verhalten des Vorstandes einer Kritik und Kritik unterzogen. Dabei ist festzustellen, daß von der Streitleitung und den bisherigen Angehörigen unseres Verbandes wiederholt erläutert wurde, daß der Vertrag der vorhergehenden Verhandlung, die Arbeit wieder aufzunehmen, zu Recht besteht und durchgeführt werden mög. Die an diese Erklärung gefüllten Ausführungen der Streitleitung und der Angehörigen waren aber derart, daß der Streik zur Ablösung forciert wurde: diese Leute wollen die Zukunft der Arbeit auf eigenen Verhältnissen. Kommunisten, Unionsmitglieder und andere Freunde der Gewerkschaften konnten nur schwer reden und die schweren Konsequenzen dieser Beweise gegen die Gewerkschaften erfordern, ohne vor der Verhandlungsleitung zurück zu werden. Aufgrund der Vertreter des Verbandes das Wort sagten es Bedrohungsworte, Bedrohungen und Drohungen, die von einigen Vertretern der Streitleitung auf der Flucht unterzogen wurden. Eine Sitz der Firma erfolgte gegen offenkundige Bedrohungsworte und Sagen gegen den Verhandlungspunkt. Doch aber war es am Ende nicht bestätigt, daß Streitleitung zur Erhaltung der Gewerkschaften zu entscheiden. Es ist klar, die Gewerkschaften der leitenden Personen in Gewerkschaftsleitung zu empfehlen, wenn diese immer wieder erfordern, um dem Streit der gewerkschaftlichen Fazit und der tatsächlichen Beurteilungen zu folgen und dann möglichst den Auspuffungen des Unionsmitglieders zu entgehen, wenn dieser nicht nur die Befreiung der Gewerkschaftsleitung fordert, sondern der Gewerkschaft selbst verlangt. Es war auch wenig erstaunlich, daß ein Anhänger einer Erklärung der Verhandlungsleitung das Ergebnis in Verhandlungsfestliche Prozesse zur Erzielung einer besseren Betriebsverhältnisse entweder trug, zugleich dagegen keine Lust gegen letztere fühlte, Gewerkschaften und Gewerkschaft zu unterstützen und seiner aller Unionsmitgliedern gegenüber. Ganz wurde ein Widersatz, denn Gau Elsner der Standort zur Erhaltung der Bewegung zu entziehen, während in Düsseldorf mehrfach versucht wurde, daß die aufwendigen Verhandlungen zu führen in der Lage wäre. Das läßt denn auch die Streitleitung ein und erzielte Abschaffung des Vertrages. Kollege Elsner erhält dann auch eine finanzielle Belohnung.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde eine Maßnahme angeregt, die den Hauptvorstand des Körpers Ministranten anspricht, weil er den gegen Staat und Landtag erlassenen Straf nicht untersagt hat. Es wird verlangt, daß der Hauptvorstand gegen und mit ihm das Reich eingespielen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Ganzes ist, daß die Streitleitung und die Angestellten unserer Gewerkschaften uns darum bringen, die Bewegung einzugehen, so ergibt

sich das endliche obigen Beschlusses von selbst. Es kommt der Streitleitung aber gar nicht daran an, die in den Streit und ins Elend gerieten Arbeiter über die Ursachen des Streits und deren Beseitigung und über die vorhanden gemeinen Ausichten auf Erfolg aufzuklären. Ihnen liegt nur daran, für ihre Schuld andere verantwortlich zu machen und den Zug der irregulären Arbeiter auf andere zu lenken. Dies zu erreichen, wurden die wüstesten Verleumdungen, Beleidigungen und Drohungen in der Versammlung gegen den Vorstand geschleudert und durch die bekannten kommunistischen Stadtaufseiter unterstützt. In persönlicher Aussprache haben wir festgestellt, daß die Mehrzahl der Arbeiter den Augenblick auf Wiederaufnahme der Arbeit sehr leicht erwartet und daß verbrecherische Treiben der Kommunisten nicht unterstützt. Vorläufig können sich diese Kollegen aber nicht durchsetzen. Wir erwarten, daß beim Schreiben dieser Zeilen die endgültige Entscheidung der Bleilöter für Aufnahme der Arbeit bereits gefallen ist. Bei Wiederaufnahme der Arbeit soll nicht etappenweise vorgegangen werden, sondern alle wiedereinzestellenden Arbeiter sollen sofort anfangen, trotzdem durch Zusammendruck des Oleumbetriebes die Aufnahme aller Betriebe vorläufig nicht möglich ist. Wie eine Neuordnung der durch den frivollen herausbeschworenen Streit entstandenen unhalbaren Zustände in der Zahlstellen Wiesdorf ermöglicht werden kann, bleibt der Erwähnung vorbehalten. Sicher ist es aber Aufgabe der Betriebsleitung, kommunistischen Putzversuchen energisch entgegenzuwirken und dadurch unsere Mitglieder vor Schaden zu bewahren. Diese Ansicht wurde auch auf der Konferenz der Arbeiter der chemischen Industrie am 27. Februar in Hannover mit erdrückender Mehrheit gutgeheissen.

G. H.

Reichskonferenz der Arbeiter der chemischen Industrie Deutschlands.

Am 27. Februar tagte in Hannover eine Reichskonferenz der Arbeiter der chemischen Industrie. An der Konferenz nahmen teil: 59 Delegierte aus der Industrie, 11 Delegierte aus Zahlstellen, 45 Gewerkschafter und Befolmächtigte unseres Verbandes, 18 Gauleiter, 2 Brancheleiter, 1 Vertreter der staatlichen Abteilung, 7 Mitglieder des Vorstandes und der Arbeitsaufmerksamkeit der Reichsarbeitsgemeinschaft Chemie, Kunst (Berlin).

Tagesordnung:

1. Die wirtschaftliche Bedeutung der Fiz und Ausfuhr in der chemischen Industrie. Referent: Kollege Haupt.
2. Die Klärung des Weizsäckermuttervertrages. Referent: Kollege Großmann.

Im Hinblick auf die hohe Wahrscheinlichkeit, daß der Leverkusener Streik in der Verhandlungen eine große Rolle spielen wird, regt der Verhandlungsleiter, Kollege Brey, an, den Streik der Farbwerte als bedeutender Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Die Konferenz stimmt der Anerkennung zu.

In einem Bericht zum 1. Punkt der Tagesordnung weiß Kollege Haupt auf die große Bedeutung der chemischen Industrie für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft hin. Einige Zweige der chemischen Industrie haben durch den Krieg und dessen Nachwirkungen aufserordentlich gelitten, und es dürfte ihnen schwer fallen, ihre frühere Stellung auf dem Weltmarkt wieder zu erreichen. Die hochwertige Sparsamkeitsfront ist durch die Wirkungen des Friedensvertrages geschrumpft, den größten Teil ihrer Betriebe auszufüllen. Dieses wird wiederum auch auf die Herstellung von Stärke hin. Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß die deutsche Industrie des Auslandes während des Krieges ungeheure Fortschritte gemacht hat und daß sie unter den ersten Anstrengungen verloren, den Fortschritt der deutschen chemischen Industrie einzuhören. Um dieses Ziel zu erreichen wird jedoch vor Anwendung unlauterer Mittel, wie Handelsplomone, Abrechnung von deutscher Chemie und Ingenieur, Verlust deutscher Patente usw., nicht zurücktreten. Alles ist allem genommen, kann aber gesagt werden, daß die deutsche chemische Industrie die jüngste der Welt ist und vorerst noch auf Jahren noch steigen wird. Weder steht auf die Bedeutung der Ausfuhrhandelsstellen, die trotz ihrer offensuren Natur doch eigentlich genutzt haben. Die Arbeiterschaft hat das größte Interesse daran, die dort gewonnene Position zu halten. Die Fiz hat gesagt, daß die Arbeiterschaftserfolg sich nicht innerer von allgemeinen wirtschaftlichen Geschäftspunkten lösen lassen. Offen genannt ist in Erwähnung gebracht, daß bei ihnen die beruflichen Geschäftspunkte in dem Verderbnis standen, daß momentan die Produkte der Unternehmer aus Sichtung der Betriebe bei Ablieferung der Ausfuhrhafen liegen, in den zweiten Gütern großen Überschuß auf zu machen. Nach festgestellten Überzeugungen und mir dazu übergegangen, als Arbeitserfolger er in die Arbeitserfolgsstellen Verhandlungszentrale zu der einen Seite meistens gegenüber den Arbeitsergebnissen eine weite unabhängige Stellung ein. Die Arbeitserfolgsstellen haben für die volkswirtschaftliche Entwicklung der Fiz erheblich eine große Bedeutung. Auf keinen Fall dürfen wir uns von der Regelung der Fiz und Ausfuhr auswählen lassen. Weder besteht ein die große Zukunft der deutschen chemischen Industrie. Die Größe des Möglichen ist noch lange nicht erreicht. Was heute noch Leistungsfähigkeit zeigt, kann in den nächsten Monaten eine große allgemeinwirtschaftliche Bedeutung erlangt haben.

Mit dem Punkt 2 auf den informatorischen Charakter des Referats wurde beauftragt, bez einer Aussprache abzugehen. Der Antrag wurde, wenn auch nicht ohne Widerstand, angenommen.

Im zweiten Bericht zum 2. Punkt der Tagesordnung führte Kollege Großmann aus, daß der Rahmenvertrag der chemischen Industrie als das einzige langfristige Verhandlungen ein Versprechen herstellt. Die Fiz und Arbeitserfolger dürfen nicht voraussetzen, daß nicht nur Teile der Fiz bestreikt, sondern auch der Arbeitserfolg mit dem Rahmenvertrag angeknüpft wird. In verschiedenen Gruppen wurde die Anerkennung des Tarifes durch Streik erneut gemacht. Weder erinnert die Fiz gegenwärtig alle Umstände, die bei der Klärung des Rahmenvertrages in Betracht gezogen werden müssen. Es empfiehlt der Fiz, dass die Anwendung des Rahmenvertrages, von einer Festlegung Abstand zu nehmen. Es soll der Vertrag gemacht werden, auf dem Verhandlungssitz Verhandlungen festzulegen.

Es wird befragt, den Rahmenvertrag nicht zu studieren. Die zugehörige Tarifkommission erhält den Auftrag, für die §§ 4, 5 und einige andere Paragraphen eine gründliche Auslegung vorzubereiten.

Im dritten Bericht der Tagesordnung nimmt Kollege Brey das Wort, um die Stellungnahme des Hauptvorstandes zum Streik in der Gewerkschaftsleitung zu erläutern. Die Beleidigkeit der Gewerkschaftsleitung ist in den Streik getreten einer Form der unchristlichen Verhandlungen und der mit den anderen Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen und unter Nichtbeachtung der Gewerkschaften bestanden. Der Streik hat dies freigegeben. Der Tarif und als Organisation wird erneut erläutert. Die gewerkschaftlichen Erwartungen sind bei dem Tarif außer acht gelassen. Weder erhält, daß der Hauptvorstand auch dann nicht seine Zustimmung zum Tarif hätte geben können, wenn der Verband nicht eine formelle Vereinbarung getroffen hätte. Dagegen war das Einverständnis zu genauso einer Form der unchristlichen Verhandlungen zum Streik bestimmt. Der Hauptvorstand war auf das tiefe beklagen, daß die Verhandlungen, die er gegenüber die Gewerkschaften waren, das Bild vom Gewerkschaftsleiter und damit nicht bestreikt haben, die nur dazu bei einer Erweiterung der Tarif nicht die tragende Bedeutung verlangt werden müssten. Somit der Hauptvorstand spricht in großer Ernstheit, nicht Reduziert, daß er einige mit moralischer Kraft setzt für die Erhaltung eines Gewerkschaftsvertrages.

Der Bericht für diese Beleidigung hat der Hauptvorstand in den Händen. Mit seinem Urteil über den Kollegen Seidenheimer wurde er zustimmen. Der Hauptvorstand lehrt den Streik nicht länger. Dieses ist nun, wie ich hier jetzt die Erhaltung eines Tarifvertrages, die Gewerkschaften des Gewerkschafts und die Gewerkschaften aller gewerkschaftlichen Gewerkschaften und Organisationen. Es ist keinem Gewerkschaften und Organisationen, die in diesen Gewerkschaften

weitergehende Offenheit willt ich mich der Hauptvorstand zu den leitenden Vertretern der Zahlstellen Wiesdorf zu wünschen, daß ihr eine Sache zur Verfügung steht.

Der Bericht Köln bildet die näheren Beziehungen zwischen der Erhaltung des Tarifes und erhebt außerordentlich schärfere Angriffe gegen die Art der Streitführung, die geeignet war, den Verband auf das Gewerbe zu belästigen. Beidenheimer (Wiesdorf) vertheidigt sich und die Streitleitung gegen die Angriffe Berliner und Wiens. Das plakative Verbot, bez. Wiesdorf, der Arbeitserfolg durch die Verhandlungen und die Mafrologierung eines Kollegen hat die Arbeitserfolg in großer Erregung verfestigt. Er glaubt in dem Vorgehen der Streitleitung einen Angriff auf den Arbeitserfolg zu sehen. Redner, der einige Tage vor dem Ausbruch des Streiks erkannt war, ist bei der endgültigen Beschlussfassung über den Streik nicht anwesen gewesen. Arbeitserfolger ist er bereit, dafür die Verantwortung zu übernehmen. Die Stellungnahme des Hauptvorstandes mag nach dem Statut richtig sein. Es ist falsch, Redner vermeint auf den Arbeitserfolg als kommunalischen Putsch zu bezeichnen. Die Stellungnahme des Hauptvorstandes mag nach dem Statut richtig sein. Es ist falsch, Redner vermeint auf den Arbeitserfolg als kommunalischen Putsch zu bezeichnen. Die Stellungnahme des Hauptvorstandes mag nach dem Statut richtig sein. Es ist falsch, Redner vermeint auf den Arbeitserfolg als kommunalischen Putsch zu bezeichnen. Die Stellungnahme des Hauptvorstandes mag nach dem Statut richtig sein. Es ist falsch, Redner vermeint auf den Arbeitserfolg als kommunalischen Putsch zu bezeichnen.

Bei der weiteren Aussprache über diesen Punkt beteiligen sich Mährke (Königsberg) und Hamm (Düsseldorf). Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wurde mit großer Mehrheit angenommen. Aus den Verhandlungen, die teilweise einen stürmischen Charakter annahmen, ging hervor, daß die übergroße Mehrzahl der Konferenzteilnehmer die Stellungnahme des Hauptvorstandes billigte. Zu seinem Schlußwort bewirkt Brey, daß die Aussprache einschließlich der Verhandlungen zwischen Beidenheimer und Mährke erbracht habe, daß die Stellungnahme des Hauptvorstandes den statutarischen Bestimmungen und den gewerkschaftlichen Grundlagen entsprechend nicht angesprochen werden könne. Es drückt die Hoffnung aus, daß die Zukunft uns vor folgenden Auseinandersetzungen bewahren möge.

Reichskonferenz der Seifenarbeiter.

Von 26. Februar tagte in Hannover eine Reichskonferenz der Seifenarbeiter. Es nahmen daran teil 29 Delegierte aus der Industrie, 13 Vertreter aus Zahlstellengebieten mit erheblicher Gewerkschaftsarbeit, 14 Gauleiter, der Agitationsteiler der chemischen Industrie und 3 Vertreter des Hauptvorstandes. Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage der Seifenindustrie und der Übergang von der gebundenen zur freien Wirtschaft; Ref. Kollege Saal. 2. Die gegen Lohnpolitik in der Seifenindustrie und Stellungnahme zum Reichstatut; Ref. Kollege Großmann.

Die Verhandlungen wurden vom Kollegen Brey geleitet. In seiner Eröffnungsansprache wies er auf die schwierige Lage angesichts gesamter Wirtschaftskrisis hin. Die Gefahr des Zusammenbruchs sei immer noch nicht überwunden. Die Bedeutung der Londoner Konferenz ist von außerordentlicher Bedeutung für die zukünftige Gestaltung der deutschen Volkswirtschaft. Bei Beratung der Fragen, die die Konferenz der Seifenarbeiter beschäftigen, dürfen die allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht außer acht gelassen werden. Letzten Endes ist neben der Stärke der Organisation die Wirtschaftslage bestimmt für unsere Entwicklungen.

In seinem Bericht zum 1. Punkt der Tagesordnung weiß der Kollege Saal auf die ungünstige Lage der Seifenindustrie in der Vorzeit zurück. Schuld daran trage der Krieg, oft mit den unlauteren Mitteln geführte Betriebskrieg innerhalb der Industrie. Der Kleinbetrieb mit seinen mangelhaften technischen Errichtungen und seiner übermäßigen Ausnutzung der Arbeitskräfte hatte noch immer einen recht beträchtlichen Teil der Produktion in seinen Händen. Der Großbetrieb erwang sich steil auch hier Geltung durch seine technische und wirtschaftliche Überlegenheit, aber keineswegs so leicht wie in manchen anderen Industrien, und es bestehen neben den circa 20 Betrieben, die man als Großbetriebe bezeichnet haben, darüber 1600—1700 Zweig- und Mittelbetriebe. Die wirtschaftlichen Entwicklung des Krieges erzwangen auch in der Seifenindustrie die Auflösung der freien Wirtschaft. Unter dem Druck des heimenden Mangels an Fetten, Chemikalien usw. mußte die Entwicklung der Seife unter dem Gesichtspunkt des höchsten Ausnutzungswertes des Rohstoffes erfolgen. Es werden deshalb nur jüngste Betriebe zur Fortführung der Produktion zugelassen, deren technische Errichtungen den höchsten Grad der Wirtschaftlichkeit gewährleisten. Der allergrößte Teil der Betriebe muß aufgelöst werden. Weder schlägt die Befreiungen zur Aufhebung der Zwangsarbeit nach Kräfte hin. Endlich willt den Sozialkämpfern des ungeliebten Wettbewerbes der Erfolg. Die Aufhebung der Zwangsarbeit in der Seifenindustrie wird am 30. Juni 1921 eine vollendete Tat sein. An diesem Termin erfolgt die Auflösung des Seifenkonzerns. Zur Befreiung des unlauteren Wettbewerbes ist eine Verordnung geplant, die den Verbraucher vor minderwertigen Produkten schützen soll. Diese Verordnung soll bestimmen enthalten, daß Wasmol ist ohne Fettgehalt die Bezeichnung Seife nicht tragen darf, daß Parfüme nicht unter 60 Prozent und Schnittseife nicht unter 30 Prozent Fettgehalt hergestellt werden dürfen, daß der Fettgehalt der Seife durch Aufdruck angegeben sein muss. Die Einführung einer Untersuchungsstelle soll vorgesehen werden. Auf Antrag des Münzen-Lets soll die Verwendung des Mirban-Lets zum Parfümieren der Seife durch die Verordnung verboten werden. Die außergewöhnliche Gesundheitsschädlichkeit des Mirban-Lets ist klar erwiesen. Weder weiß auf den jüngsten Preis gehorchen, insoweit der Lohnpolitisches unter den ausländischen Wettbewerb hin und spricht die Hoffnung aus, daß der Sozialkampf des ungeliebten Wettbewerbs der Erfolg. Die Aufhebung der Zwangsarbeit in der Seifenindustrie wird am 30. Juni 1921 eine vollendete Tat sein. An diesem Termin erfolgt die Auflösung des Seifenkonzerns. Zur Befreiung des unlauteren Wettbewerbes ist eine Verordnung geplant, die den Verbraucher vor minderwertigen Produkten schützen soll. Diese Verordnung soll bestimmen enthalten, daß Wasmol ist ohne Fettgehalt die Bezeichnung Seife nicht tragen darf, daß Parfüme nicht unter 60 Prozent und Schnittseife nicht unter 30 Prozent Fettgehalt hergestellt werden dürfen, daß der Fettgehalt der Seife durch Aufdruck angegeben sein muss. Die Einführung einer Untersuchungsstelle soll vorgesehen werden. Auf Antrag des Münzen-Lets soll die Verwendung des Mirban-Lets zum Parfümieren der Seife durch die Verordnung verboten werden. Die außergewöhnliche Gesundheitsschädlichkeit des Mirban-Lets ist klar erwiesen. Weder weiß auf den jüngsten Preis gehorchen, insoweit der Lohnpolitisches unter den ausländischen Wettbewerb hin und spricht die Hoffnung aus, daß der Sozialkampf des ungeliebten Wettbewerbs der Erfolg. Die Aufhebung der Zwangsarbeit in der Seifenindustrie wird am 30. Juni 1921 eine vollendete Tat sein. An diesem Termin erfolgt die Auflösung des Seifenkonzerns. Zur Befreiung des unlauteren Wettbewerbes ist eine Verordnung geplant, die den Verbraucher vor minderwertigen Produkten schützen soll. Diese Verordnung soll bestimmen enthalten, daß Wasmol ist ohne Fettgehalt die Bezeichnung Seife nicht tragen darf, daß Parfüme nicht unter 60 Prozent und Schnittseife nicht unter 30 Prozent Fettgehalt hergestellt werden dürfen, daß der Fettgehalt der Seife durch Aufdruck angegeben sein muss. Die Einführung einer Untersuchungsstelle soll vorgesehen werden. Auf Antrag des Münzen-Lets soll die Verwendung des Mirban-Lets zum Parfümieren der Seife durch die Verordnung verboten werden. Die außergewöhnliche Gesundheitsschädlichkeit des Mirban-Lets ist klar erwiesen. Weder weiß auf den jüngsten Preis gehorchen, insoweit der Lohnpolitisches unter den ausländischen Wettbewerb hin und spricht die Hoffnung aus, daß der Sozialkampf des ungeliebten Wettbewerbs der Erfolg. Die Aufhebung der Zwangsarbeit in der Seifenindustrie wird am 30. Juni 1921 eine vollendete Tat sein. An diesem Termin erfolgt die Auflösung des Seifenkonzerns. Zur Befreiung des unlauteren Wettbewerbes ist eine Verordnung geplant, die den Verbraucher vor minderwertigen Produkten schützen soll. Diese Verordnung soll bestimmen enthalten, daß Wasmol ist ohne Fettgehalt die Bezeichnung Seife nicht tragen darf, daß Parfüme nicht unter 60 Prozent und Schnittseife nicht unter 30 Prozent Fettgehalt hergestellt werden dürfen, daß der Fettgehalt der Seife durch Aufdruck angegeben sein muss. Die Einführung einer Untersuchungsstelle soll vorgesehen werden. Auf Antrag des Münzen-Lets soll die Verwendung des Mirban-Lets zum Parfümieren der Seife durch die Verordnung verboten werden. Die außergewöhnliche Gesundheitsschädlichkeit des Mirban-Lets ist klar erwiesen. Weder weiß auf den jüngsten Preis gehorchen, insoweit der Lohnpolitisches unter den ausländischen Wettbewerb hin und spricht die Hoffnung aus, daß der Sozialkampf des ungeliebten Wettbewerbs der Erfolg. Die Aufhebung der Zwangsarbeit in der Seifenindustrie wird am 30. Juni 1921 eine vollendete Tat sein. An diesem Termin erfolgt die Auflösung des Seifenkonzerns. Zur Befreiung des unlauteren Wettbewerbes ist eine Verordnung geplant, die den Verbraucher vor minderwertigen Produkten schützen soll. Diese Verordnung soll bestimmen enthalten, daß Wasmol ist ohne Fettgehalt die Bezeichnung Seife nicht tragen darf, daß Parfüme nicht unter 60 Prozent und Schnittseife nicht unter 30 Prozent Fettgehalt hergestellt werden dürfen, daß der Fettgehalt der Seife durch Aufdruck angegeben sein muss. Die Einführung einer Untersuchungsstelle soll vorgesehen werden. Auf Antrag des Münzen-Lets soll die Verwendung des Mirban-Lets zum Parfümieren der Seife durch die Verordnung verboten werden. Die außergewöhnliche Gesundheitsschädlichkeit des Mirban-Lets ist klar erwiesen. Weder weiß auf den jüngsten Preis geh

ben Kampfmarkt trifft die Verantwortung für das dort eingeschlossene Unheil, sondern die Leitung der Vermögensaufsicht. Sie kann darüber nicht den Münzen das die Delegierten ihren Belegschaften den Standpunkt, den den Kampfmarkt einnehmen möchte, vorlegen werden. Kollege Büssig, die Konferenz.

Konferenz eine Reichskammerarbeitsmarktkonferenz?

Am Dienstag, dem 22. Februar, tagte in Magdeburg wiederum eine Reichskammerarbeitskonferenz, um den Vertrag von den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband einzugehen zu nehmen.

Die Unternehmer hatten bei den Verhandlungen eine Erklärung abgegeben, die in folgenden Ausführungen gipfelte:

1. Stilllegung zulässiger Werke.
2. Einlegung von Betriebsräten.
3. Verminderung der Belegschaften und
4. sofortige Rundigung des Lohnhofes.

Auf der Konferenz wurde nach lebhafter Diskussion folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

Die einstige angestammte Arbeitgeber geforderte Erklärung, kommt für die Arbeitgebervertreter keine Grundlage zu Verhandlungen sein. Mit dem Verhalten ihrer Vertreter erklärt sich die Konferenz einverstanden.

Die Erklärung II. des Arbeitgeberverbandes betrachtet die Konferenz als eine schärfste Kampsage an die gesamte Arbeitnehmerwelt der Kaliumindustrie.

Die Konferenz verpflichtet die Organisationsvertreter aller Richtungen in der Kaliumindustrie, sofort die geeigneten Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Trotz der Kampfansage des Arbeitgeberverbandes erklärt sich die Konferenz bereit ihre Vertreter zu einzutreten Verhandlungen auf folgender Grundlage zu ermöglichen:

1. Anerkennung des Schiedspruchs vom 20. November 1920.
2. Angleichung der in der Kaliumindustrie gezahlten Wöhne an die her Braunkohlenarbeiter.
3. Sanierung der Industrie durch entsprechende Maßnahmen.

Die Konferenz verpflichtet alle Arbeiter und Angestellten in der Kaliumindustrie, in Abhängigkeit der außerordentlich erschienene Lage sich entscheiden hinter ihre Organisation zu stellen. Nur so ist es möglich zur Erfüllung der Kaliumindustrie und zu annehmbaren Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu gelangen.

Überproduktion von Zündholzern.

Aus der großen Bündholznot, die bis vor nicht zu langer Zeit bestand, ist ein Überfluss an Bündholzern entstanden, so daß besonders in Schlesien Arbeiterentlassungen zu befürchten sind. Wie bekannt, wurden bei dem schlechten Kursstand unserer Mark in großen Mengen zu sehr hohen Preisen Schmiedehölzer eingeführt, von denen noch erhebliche Mengen in Hamburg lagern. Der Konsument hat bekanntlich einen Mittelpreis zu zahlen, indem die Auslandshölzer herabgesetzt und der Preis der deutschen Hölzer künstlich hinaufgesetzt wird. Im Interesse der Beschäftigung der deutschen Arbeiter liegt es, wenn die Verbraucher die deutschen Bündholzger fördern und die Schmiedehölzer als Reserve in Hamburg bleiben. Es handelt sich also hier nicht um nationalistische Maßnahmen gegen das zu uns in freundschaftlichem Verhältnis stehende Schmieden, sondern um die Abwehr einer Notlage unserer eigenen Kollegen und Kolleginnen in der Bündholzindustrie.

Papier verarbeitende Industrien

Die Kreisfelder Capellenarbeiter zum Reichstarifvertrag.

Bei einer außerordentlichen Versammlung hatte der Sektionsvorstand die Capellenarbeitskraft Kreisfeld eingeladen. In dieser gab zunächst Kollege Büssig den Bericht über Verhandlungen, die in Auswirkung der Kölner Bezirkstagskonferenz beigebracht mit den bisherigen Arbeitgeberverträgen wurden. In der nun folgenden Debatte beleuchteten die Kreisfelder so recht das «eigentliche Verhältnis» der Kreisfelder Firmen, die sich im Kriege von ihren Arbeitern möglicher Eigentum schützen ließen, in den daraus folgenden Zeiten hohen Gewinnes dagegen die Taschen um so selber zu ziehen. Wegen der Arbeiter hungern und wenn sie infolge Unterernährung erkranken, so werden ihnen Almosen gegeben oder auch Vorschüsse, deren Abzüglich dann monatelang drückt. Gleichzeitig aber werden hohe Summen ausgewendet, um eine Villa komfortabel auszubauen. Die kostbarem Möbel werden dazu neu angekauft, kurz, man weiß nicht wohin mit dem Geld. Kommt dagegen ein Proletarier, der keinen Kindern genug ein zweites Hemd zum Wechseln lassen möchte und ist nicht laan, da sein Verdienst ja kaum zur Bezahlung der notwendigen Sparsamkeit reicht, und bittet um mehr Wohl, so wird gleich auf die Begehrlichkeit der unantibaren Arbeiter geschimpft. Dies war so ungeahnt das Bild, welches sich aus der Ansprache in der Versammlung ergab.

Für die kommenden Lohntarifverhandlungen wurden dann die Voraussetzungen festgelegt. Dieselben bewegen sich in einer Höhe, wie in den meisten Berufen hier am Ende gelobt wird. Die Versammlung beschloß einstimmig, diese festgelegte Lage zu den kommenden Verhandlungen ohne wesentliche Abzüge durchzudrücken. Zum Schluß wurde aus der Mitte der Versammlung heraus folgende Resolution eingefordert und einstimmig angenommen:

Die am 22. Februar 1921 in Kreisfeld, Wirtschaft Kraus, stattgefundenen Capellen-Sektionsversammlung hat einstimmig beflossen, bei den kommenden Lohnverhandlungen mit allem Nachdruck darauf zu dringen, daß nur ein bezügliches Lohnabkommen abgeschlossen wird.

Ein Reichsbahnhof wird von uns nur akzeptiert, wenn er unseren Forderungen entspricht. Sollte dies nicht gelingen, so sind unsere Delegierten angezwiesen, zu erklären, daß der Tarif in Kreisfeld nicht anerkannt wird, selbst wenn er von der Branchenleitung abgeschlossen würde.

Industrie der Steine und Erdern

Sie lehnen ab!

Die Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Reichsarbeitsvertrages für die Industrien der Steine und Erdern sind bekanntlich gescheitert. Am 31. März hat der bestehende Reichsarbeitsvertrag sein Ende erreicht. Um einem Vertraglosen Zustand vorzubeugen, haben wir uns an die Arbeitgeberverbände der einzelnen Industrien gewandt und um Abschluß von Reichsverträgen ersucht. Wie erhielten nunmehr von dem Arbeitgeberkartell der Steine und Erdern die Antwort, daß es die dem Arbeitgeberkartell angehörenden Verbände einmütig ablehnen, in Verhandlungen über Einzelverträge einzutreten.

Eine Durchkreuzung unseres Arbeitsspanes bedeutet diese Ablehnung nicht; wir haben im voraus damit gerechnet. Wenn wir dennoch den Weg der Einzelverträge gepahlt haben, so nicht, weil es irgendwelchen besonderen Erfolg vertrug, sondern um jedem Vorwurf vorzubereugen, daß wir nicht alles versucht hätten, die Möglichkeiten der Verständigung zu erschöpfen. Das ist nunmehr geschehen. Eine zentrale Regelung der Arbeitsverhältnisse erscheint zunächst als ausgeschlossen. Die Arbeitgeber fühlen sich stark; sie lehnen ab. Sie sind ja organisiert und kartelliert; sie beugen auf die Produktionsmittel. Nur schade, daß ihnen nicht, wie in der vorrevolutionären Zeit, auch der

Malzeimittel, der Militärabsatz und die Binkgarde zur Seite stehen. Dann wären sie ja zwielos noch stärker, und es wäre gar nicht mit ihnen zu reden. Dann hätten sie vielleicht die Arbeitsgemeinschaft wohl gefundert und überhaupt jedes Verhandeln jedes Kartellieren mit den Arbeitern abgelehnt. Die Sehnsucht der Arbeitgeber nach der herrlichen Kriegszeit ist begreiflich, es war für die Unternehmer die Zeit der schrankenlosen Herrschaft, für die Arbeiter die Zeit der Ermedierung und der Obigkeit.

Die Zeit ist endgültig vorbei. Auch die Arbeiter sind heute stark, doch sie sind organisiert. Wenn ihnen auch die Produktionsmittel fehlen, sie haben die Produktionskraft, sie haben die lebendige, die schaffende Arbeitskraft. Und diese wiegt schwerer, ist kostbarer als die Produktionsmittel der Unternehmer. Der Geldsack mit seinem Apparat verflammt, wenn die Arbeit ver sagt. Die Arbeitskraft ist also das gewichtigste Element im Erhaltungskampf der Menschheit. Dessen sind sich die Arbeiter heute bewußt. Deswegen betteln sie heute auch nicht mehr um ihr Recht, sie fordern es. Sie betteln jetzt auch nicht bei den Herren der Steine und Erdern um Verhandlungen; sie warten, bis die Herren etwas mehr Einsicht erlangt haben.

Die Arbeiter bleiben aber inzwischen nicht tatenlos. Nein! Es gilt zu rüsten! Eine ständlose Organisation müssen wir schaffen! In den Reihen der Arbeiter darf es keine Aufseiter, keine Drückeberger, keine blinden Passagiere mehr geben! Wer außerhalb der Organisation steht, stärkt die Macht der Unternehmer. Die Zeit des Handelns muß eine geschlossene Organisation der Arbeiter vorfinden!

Die Arbeitgeber lehnen es ab, für einzelne Industrien einen Vertrag abzuschließen. Sie wollen nur für alle Industrien gemeinsam verhandeln. Die Bedingungen haben wir im „Proletarier“, Nr. 9, schon gehört. In ihrer Einheit glauben die Arbeitgeber an eine leichtere Niederwerfung der Arbeiter. Sie werden sich berechnen. Der Einheit der Unternehmer stellen wir die Einheit der Arbeiter entgegen. Keine Vereinbarungen, kein Tarifvertrag ohne die Zustimmung der Organisation! Das ist die Lösung. Wer dagegen verzögert, ist verrat! Bei allen Verhandlungen ist unser Entwurf die Mindestforderung. Wo die Verhältnisse günstig sind, kann über diese Mindestforderung hinausgegangen werden.

Wir haben keine Ursache zu verzagen. Die Zukunft liegt vor uns. Beginnt sie nicht morgen, dann übermorgen. Wir wollen sie aussuchen. Nicht in übermäßiger Weise, nur unser Recht verlangen wir, das die Arbeitgeber erwürgen wollen. Da gegen wehren wir uns mit allen Mitteln, mit allen Kräften. Sorgen wir, daß diese Mittel und Kräfte erhöht und gestärkt werden!

Die Unternehmer zeigen uns die Fähne. Gut, tun wir das gleiche! Die Unternehmer wollen uns rückwärts zerren, wir wollen vorwärts. Der Stärkere wird siegen. Die Stärke der Arbeiter liegt in der Organisation! Fördern wir sie, so fördern wir unsere eigene Sache. Die Zeit wird für uns täglich günstiger. Seien wir also bereit!

Nahrungsmittel-Industrie

Erhöhung der Zuckersteuer?

Seither war das Pfund Zucker mit einer Steuer von 7 Pfennig belastet. Nun braucht der Reichsfinanzminister Geld, und er muß sehen, wo er es herbekommt. Dagegen wäre an sich nichts einzutwenden, nur scheint uns der Zucker nicht das geeignete Steuerobjekt zu sein, denn Zucker ist nicht nur Genuss, sondern hervorragendes Nahrungsmittel. Wenn es schon ohne indirekte Steuern gar nicht mehr gehen soll, und wenn die Regierung schon glaubt, ohne Besteuerung von Massenkonsumenten nicht auskommen zu können, dann soll sie doch andere Objekte suchen. In einer Zeit, in der die arbeitenden Schichten zum großen Teil an Unterernährung leiden, soll man zuletzt an eine Besteuerung von wichtigen Nahrungsmitteln denken. Eine Erhöhung der Zuckersteuer von 7 auf 50 Pfennig pro Pfund heißt doch nichts anderes, als den Armen den Zucker überhaupt zu entziehen. Schon heute können fast nur die „Besshenden“ sich Zucker kaufen, und in Zukunft, wenn die geplante Zuckersteuer Wirklichkeit werden sollte, wäre das noch mehr der Fall. Nahrungsmittelbesteuerung heißt Nahrungsmittelentbehrung, und diese wiederum bedeutet weitere Degeneration des arbeitenden Volkes, Erhöhung der Errankungs- und Sterblichkeitszahlen.

Die Zuckersteuer ist eine indirekte Steuer und als solche für Minderbemittelte auch in dieser Beziehung ein großes Unrecht. Die direkte Besteuerung des Vermögens und des Einkommens gestaltet je nach Höhe eine Progression. Eine solche ist aber ganz unmöglich bei der indirekten Steuer, denn ein Pfund Zucker kostet für den Bettler genau soviel wie für den Milliardär. Aber entsprechend seinem Einkommen bezahlt der Minderbemittelte das Bißliche dessen, was der Millionär oder gar der Milliardär bezahlt, d. h. der Prozentsatz, den der Arme als Zuckersteuer von seinem Bohn entrichten muß, ist ungeheuerlich im Verhältnis zu der Abgabe des reichen Mannes.

An einem Beispiel soll das noch klarer nachgewiesen werden. Das heute zur Verfügung stehende Zuckerkonsum tut zunächst gar nichts zur Sache. Die Regierung hat übrigens ein großes Interesse an einem starken Zuckerkonsum, und sie wie auch wir können nur wünschen — wenn auch aus nicht ganz gleichen Motiven —, daß wir den Verbrauch in der Kriegszeit wieder erreichen. Im Jahre 1912/13 hielten wir in Deutschland einen Zuckerverbrauch von 19,2 Kilogramm pro Kopf im Durchschnitt. Bei gleichem Verbrauch würde heute für die deutsche Durchschnittsfamilie von 4,7 Köpfen folgende Belastung bei einer Besteuerung von 50 Pf. pro Pfund und bei den angenommenen Einkommenssätzen herauskommen:

Die Zuckersteuer beträgt bei einem Einkommen von	
1 000 000 M.	9000 M.
90,25 M.	90,25 M.
oder	
0,009 Pf.	1,003 Pf.

Das sind von je 100 M. Einkommen
0,9 Pf. 100,2 Pf.

Das Resultat ist ungeheuerlich. Während der Milliardär nur $\frac{1}{10}$ Pf. also noch nicht einmal einen ganzen Pfennig pro 100 M. seines Einkommens an Zuckersteuer entrichtet, muss der arme Bettler

über 1 M. von jedem 100 seines Einkommens abgeben. Die Grundzahlen mögen sein wie sie wollen, das Resultat ist in seiner Wirkung nicht zu entkräften. Mag sein, daß es auch heute noch Leute gibt, die mit dummen Späßen aufwarten, ähnlich wie mancher bürgerliche Politiker im Jahre 1909 beim Kampfe um die Finanzreform. Damals hörte man oft den sündlichen Einwurf, wer die indirekte Steuer nicht zahlt will, der braucht die versteuerten Waren ja nicht zu kaufen. Ein solcher Gedanke wäre bei der Zuckersteuer ein Frevel.

Solang also noch die Möglichkeit besteht, für den Reichshaushalt die nötigen Gelder durch direkte Besteuerung aufzubringen, kann eine indirekte Steuer, weil im höchsten Grade ungerecht und unsozial, nicht in Frage kommen. Ist die indirekte Besteuerung nicht zu umgehen, so darf ein so notwendiges Nahrungsmittel, wie der Zucker es ist, nicht in Frage kommen. Eine Besteuerung in Form von Lohnherabmehrungen steht zudem auf den schärfsten Widerstand der Unternehmer. Somit bedeutet erhöhte Zuckersteuer nichts anderes als weitere Verelendung der Arbeiterfamilien. Davor muß ernstlich gewarnt werden.

Internationale Arbeiterbewegung.

Hilferuf aus Georgien.

Folgendes Telegramm vom Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Partei Georgiens und dem Exekutivkomitee der georgischen Gewerkschaften in Tiflis wurde dem Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes übermittelt:

Die Moskauer Regierung hat den Friedensvertrag mit Georgien gebrochen. Russische Sowjettruppen drangen ohne Kriegserklärung in Georgien ein. Der kommunistischen Fahne seit Moskau Karenpolitik fort und verklagt kleine Nationen. Im Namen aller Arbeiter und Bauern Georgiens erheben wir energischen Protest gegen diesen Überfall. Das Proletariat und die Bauern Georgiens verteidigen ihre Grenzen und werden bis zum letzten Blutstropfen für die Erhaltung ihrer Freiheit und für das sozialistische Ideal kämpfen. In der Verteidigung unserer Freiheit rechnen wir auf die moralische Hilfe der ganzen sozialistischen Welt.

Kameraden, wir sind überzeugt, daß ihr nicht dulden werdet, daß unter der Maske von Sozialismus und Kommunismus die Regierung von Moskau die georgische Republik verichtet.

Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Partei Georgiens.

Das Exekutivkomitee der Gewerkschaften Georgiens.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten handelt es sich um einen regelrechten imperialistischen Raubzug der Bolschewisten. Unter andern sind die deutschen Ansiedler in Georgien auf die schärfste Weise ausplündert worden. Da die Versuche, auf bolschewistische Art das Wirtschaftsleben Russlands wieder aufzubauen, der Weise nach mehr oder weniger verfrüht, scheint man sich von Raub, Plunderung und Unterjochung kleiner Völker mehr Erfolg zu versprechen. Georgien wird von einem sozialistischen Kabinett regiert, hinter dem die Arbeiter und die Bauern des Landes geschlossen stehen, das in den Augen der gegenwärtigen russischen Machthaber jedoch das unverzichtliche Verbrechen begangen hat, daß es von den Segnungen des Kommunismus nichts wissen will.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Telegramm des Vorstandes vom Internationalen Gewerkschaftsbund an Clodo George.

Ehrenzell! Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das im Namen von 25 Millionen organisierter Arbeiter spricht, erachtet es für nötig, bei Beginn der Beratungen der Vertreter der verschiedenen Regierungen über die an Deutschland zustellenden Forderungen, betreffend die Wiedergutmachung, die Zusammenhaft dieser Vertreter auf die Forderungen zu lenken, die die Arbeiter hinsichtlich der Durchführung des Friedensvertrages zu wiederholten Maleen den Obersten Rat des Völkerbundes bekanntgegeben haben, sowie auf die vom Internationalen Gewerkschaftsbund in London vom November vorigen Jahres angenommenen Resolutionen betreffend den Wiederaufbau Europas und die Kohlenlieferungen Deutschlands.

Die organisierten Arbeiter erhalten eine Schadensbergaltung durch Deutschland für notwendig und gerechtfertigt; sie protestieren jedoch gegen Forderungen, die die Arbeiter Mitteleuropas eine volle Generation hindurch in Sklaverei stürzen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas verhindern, den Haß zwischen den Völkern verschärfen und die Kultur vernichten würden.

Das Bureau fordert von der Internationalen Völkerkonferenz die Feststellung einer gerechten Schadensbergaltung unter Berücksichtigung dieser Erwägungen und der Resolutionen des Londoner Kongresses.

Für das Bureau:

S. Dodegeff, Sekretär.

Falsche Vertreter deutscher Gewerkschaften auf dem Moskauer Gewerkschaftskongress.

Das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ lädt in seiner Nr. 9:

Um auf dem am 1. Mai in Moskau stattfindenden internationalen Gewerkschaftskongress mit einer möglichst großen Zahl von Delegierten aus Deutschland antreten zu können, hat der Allianzausschuss der R. P. R. D. zur Organisation der Delegation in den Gewerkschaften beschlossen, daß die kommunalischen Delegationen aller Gewerkschaften Delegierte einzenden. Soweit die einzelnen Delegationen hierzu nicht imstande oder nicht willens sind, wird die Partei ihrerseits Delegierte für die in Betracht kommenden Gewerkschaften nach Moskau派遣. Die demokratische Abstimmung ist, dadurch den Eintritt der R. P. R. D. auf die demokratischen Gewerkschaften als möglichst umfangreich darzustellen. Bis zum 1. Mai soll ferner die alle diese kommunalischen Delegationen umfassende Delegation des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ausnehmen. Bei weiterer dieser Delegation sind Oskar Reich und Richard Müller anzusehen.

Wie man sieht, schaffen die deutschen Kostüngänger der russischen Sowjet-Reich selber dafür nicht zurück, zur höheren Ehre des Kommunismus nicht nur der Arbeiterkongress der Welt, sondern auch der russischen Protagonist der deutschen Überkommenen Sowjet in die Russen

zu führen. Es sollen für die Gewerkschaften, wo niemand etwas mit der Moskauer Internationale zu tun haben will, "Delegierte" von kommunistischer Seite ernannt werden, und wenn zur Befreiung der sehr hohen Steuern und Unentnahmbarkeiten kein Geld vorhanden ist, so wird aus der großen Moskau das Nötige zur Verfügung gestellt. Solche Delegierten sollen dann in Moskau als "Delegierte der demokratischen Gewerkschaften" dienen. Dieser Schwindel reicht sich den früheren kommunistischen Spießgesellen nicht an. Wir können die Mitglieder der beiden Gewerkschaften zu ihrem eigenen Wohle nur warnen, auf etwaige kommunistische Bedingungen nach Moskau hereinzuallen.

Berichte aus den Zählstellen.

Bremen. Am 28. Januar hielt die Zählstelle ihre Generalversammlung im Gewerkschaftshaus mit nachstehender Tagesordnung ab: 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal 1920; 2. Jahresbericht von 1920; 3. Neuwahlen; 4. geschäftliche Mitteilungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der verstorbenen Mitglieder, insbesondere auch des berühmten Vorläufers der Gewerkschaften, des Genossen Verlins, in ehrlicher Weise gedacht. Aus dem Geschäftsbereich des verstorbenen Deutals ergibt sich, daß die geplante die Lage in den verschiedenen Industriegruppen nur unter schwierigen Verhältnissen aufzuteilen wenden konnte. Eine vermehrte Versammlungsaktivität sowie auch diverse Sitzungen, 183 an der Zahl, machten sich notwendig; desgleichen fanden 39 Siedlungsausschüsse-Sitzungen, 55 Verhandlungen mit den Unternehmern nebst 39 Wohnbewegungen statt. Letztere wurden 17 abgeschlossen. Eine wesentliche Steigerung der Arbeitslosigkeit beiderseitig Geschieht es auch weiterhin zu verzeichnen, was auch erheblich auf die Sachverhältnisse einwirkt. Nach dem Kassenbericht des Kollegen Blöbisch blieben im letzten Quartal des verflossenen Jahres die Einnahmen der Hauptstelle mit 184 323,20 M. in der Lofotafolle mit 124 445,83 M. Am Anfang d. s. 4. Quartals hatten wir 9674 Mitglieder, am Schluß des Quartals 9748. Den Kassierer wird Entlastung erteilt. Kollege Dörrmeier bemängelt die geringen Beitragsleistungen pro Mitglied und Quartal. Ein Antrag auf Annahme einer Budgetkontrolle fand einstimmige Annahme. Bewertet wurde, daß die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit an der geringen Beitragsleistung weit stand. Aus dem Jahresbericht ist erschließbar: Die äußerst ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse als Auswirkung des Krieges machen sich im vergangenen Jahre besonders geltend. Die Geschäftsleitung war bestrebt, nach besten Kräften die Lage der Mitglieder zu verbessern, was uns nachhaltig hervorzuheben ist. Es fanden statt: Versammlungen und Sitzungen 678 (einschl. Branchenversammlungen), Sitzungen aussonder-Sitzungen 110, Verhandlungen mit Unternehmern 263, Tarifabschlüsse 39, Verhandlungen mit Streik 14, ohne Streik 56 Konferenzen 17. In Korrespondenzen waren 10 verzeichnet: 3671 Eingänge, 5750 Ausgänge. In Erwerbsauf- und Krankenunterstützung wurden 86 513,05 M. an Sterbeab 1835 M., am Umzugsgeld 125 M., an Erziehungsunterstützung 17 421,50 M. ausgezahlt. Die Gemeinschaftsrente betrug 418 257,70 M., die Gemeinschaftsrente 150 635,30 M., an die Hauptstelle wurden 267 652,40 M. gezahlt. Ein großes Stück wirtschaftlicher Arbeit ist im verflossenen Jahre vom Verbande wieder geleistet worden unter dem Zeichen ungestopfter Steigerung der Lebenshaltung und im Zeichen der Errichtung der politischen Arbeitsteilung. Nur gemeinsame Einigkeit aller Kollegen und Freunde kann im Interesse des Falles besserer Erfolg und Arbeitsbeschaffungen zu erreichen. Hierauf erfolgte die Wahl der Kurzdelegierten. Der Wahl der Ortsvertretung ging eine ertragreiche Debatte voran, welche fürs Abschließen weit vollauf. Die Rendition ist ertrag. Die Arbeitsteilung soll genau festgelegt und auch die letzten Arbeitsstellen und Kollegien den Bescheid gegeben.

Chemnitz. Im zweiter zahlreich befreiten Generalversammlung erhielt der Geschäftsführer, Kollege Schönheit, den Geschäftsbereich über das Jahr 1920. Das abgelaufene Jahr war ein außerordentlich arbeitsreiches in bezug auf Schiedsgerichtsverfahren, Tarifabschlüsse, Verhandlungen usw. Im zweiten Quartal gehörte er der verantwortlichen Abteilung und gab der Gewerkschaftsleitung gleichzeitig bekannt, daß Kiang Schieck 1921 der Gründergruppe der Zählstelle Chemnitz des Fabrikarbeiterverbands Chemnitz lebte, aus dem Leben geschieden sei, dessen Beruf war als Feuerwehrmann bedient. Zu Ehren des Verstorbenen erhob die Bevölkerung hier von ihren Eichen. Im längeren Ausspruch begannen die Kollegen dann die Lage in den verflossenen aus jüngsteren Zuschriften und Bildern die eingeschlagenen Schritte zu erläutern, die sich beim Abschluß von Tarif- oder örtlichen Tarifen ergeben haben. H. e. hat ein fast allen 9 Tarifabschlüssen zu jähren, die mit Ausnahme eines einzigen, nämlich mit einer zentralen Tarifgruppe, alle mit einem solchen Erfolg für die Kollegen schließlich werden können. Zu einem Fall wurde die Zählstelle die Rechte des Tarifabschlusses durchzusetzen, da der Hauptabschluß seine Rechtmäßigkeit an der Bewegung betroff, hatte sich in der jüngsten Zeit mit einem jahreslangen Kampf mit den Arbeitgebern unterhalten und siegten im Juli 1920 eine Steigerung der Lohns um 10% erzielt. Das Ergebnis des General-Siedlungsausschusses in Berlin bestätigte diesen. In dem einzigen Verfallen der Regierungsarbeiter ist dies geschehen. Die Arbeitgeber legten demnach fast alle Regelungen fest, um gegen die Masse zu kämpfen. Damals sah ohne Zweifel schon, daß man nicht Gekröte erhalten habe, um eine jüngste Stellungnahme der Betriebe zu erläutern. Sie aber nur auf den Papier stehen, denn die in jüngste bewilligten Schritte haben hier nicht ausgetragen, ebenso wie die Siedlungspolitik getroffen ist. Die Kollegen dieser Partei der Betriebe die Arbeitnehmer und forderte die Kollegen auf, in den Betrieben, wo die Arbeitnehmer nicht ausgenutzt werden, ebenso wie den Kollegen reaktionäre Arbeitnehmer nicht ausgenutzt werden, ebenso wie den Kollegen reaktionäre Arbeitnehmer nicht ausgenutzt werden. Der am folgende Tätigkeitsbericht bei Schiedsgericht erzielte in 1200 Beurteilungen und Beschlüssen, Verhandlungen usw. Schieck zeigt die Zahl der Beurteilungen mit Ausnahme einer recht geringe Zahl auf gewissermaßen im Durchschnitt. Mit einem hohen Anteil an die Fälle enden in Schiedsgericht mit der Beschluss, daß man in dem zu erledigen, keine einzige Siedlungspolitik je zu beurteilen.

Der Aufsichtsrat gab der zuständigen Zählstelle Chemnitz einen. Die Sitzungen betragten mit 290 682,50 M. die Beiträge mit 608 416,34 M., der Siedlungsausschuss betrug eine Siedlung des Salzes 127 613,17 M., die Betriebsabteilung lagt zu zwischen 1000. Kollege Schönheit die Kompetenz und in einer Reihe die Betriebsräte sei, in Zukunft die Kollegen empfehlen, ihnen solche Verpflichtungen aufzutragen. Da nun eingewilligt, jetzt 2 Sitzungen nach Einschätzung der Zählstelle zu den Kollegen zu schicken und sagen. Zum Abschluß wurde "Gruß" erwartet. Der offizielle Brief wurde gegen 6 Uhr abgesendet. Dies wurde der Zählstelle der Geschäftsbereich, welcher eine Erweiterung der Geschäftsbereiche um 50% pro Woche und 10% jährliche Erhöhung vorausgesetzt. Die ersten Anträge werden am 1. Mai im Vernehmen vor der Bevölkerung überreicht, zum Zeitpunkt. Bei der Bekanntmachung der Geschäftsbereiche werden 4 Kollegen der Zählstelle weiter geschickt, 2 weitere Kollegen werden von jüngsteren Sammel-Mitarbeiterberichten befreit, ist noch die Zahl der Schiedsgerichtsleitung sowie zwei neue Kollegen Siedlungspolitik auszuwählen. Ein solches Verhältnis ist sicher nicht gezeigt worden. Ein oder allen anderen Schiedsgerichten, geben wir hiermit bekannt, daß unter der Erweiterung jetzt aus 3 Sammelberichten 3 Geschäftsbereiche und 1 Beurteilung zu bestehen. Nach einem aufmerksamen Erörterung der Kollegen wurde die neuorganisierte Geschäftsbereichserweiterung genehmigt.

Ende des Berichts. Befreit unter 1000 Gewerkschaftsmitglieder sind von 25 Prozent in der "Zählstelle" jetzt mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftsbereich und Kompetenz über das Jahr 1921; 2. Bericht der Erwerbsauf- und Kranken- und Sterbeabteilung, Kollege Dörrmeier erläuterte, er weiß bislang über das Jahr 1921 in seiner für ihn bestellten und für die Zählstelle zur Verfügung stehende Zahl der Sterbeabfälle nichts. Er verneinte auf den gebrauchten Geschäftsbereich, der eine Mehrheit geben sollte über die Zeit von 1914 bis 1920. Die Jahre 1919 und 1920 brachten eine gewisse Steigerung mit sich.

Auch das dritte Quartal war an Arbeit reich, das ergibt sich am 12. Februar darin, daß im Quartal allein 44 Verhandlungen mit Arbeitern gehabt wurden, davon 16 Verhandlungen mit Arbeitern, die keinen Kontakt zu dem Gewerkschaftsamt haben. Daraus fanden sich: 16 Konferenzen, 7 Verhandlungen mit den Betriebsräten, 17 Beurteilungen mit betrieblichen sowie eine große Anzahl Vertragsabkommen und Verträge.

Aus dem Bericht des Kollegen Dörrmeier geht zu ersehen, daß auch er bestrebt war, in dem Bereichsliste jener Tätigkeiten im Gewerkschaftshaus im engsten Zusammenhang mit den Mitgliedern praktische Gewerkschaftsarbeiten zu leisten. In 108 Verhandlungen, Betriebs- und Mitgliederversammlungen, Betriebs- und Betriebsversammlungen-Gesprächen war er bestrebt, seine Mitglieder zu erledigen. Wenn nicht alle Mitglieder bestrebt werden können, so eben deshalb, weil die Verhältnisse immer noch zum Teil stärker waren als wir. Nach dem Kassenbericht vom 4. Quartal bilanzierte die Hauptstelle in Ausgabe und Einnahme mit 286 590,60 M. An Arbeitslohn- und Krankenunterstützung sind allemal 103 275 M. den Mitgliedern wieder zugesetzt. Die Lofotafolle bilanzierte mit 275 212,05 M. Aus der Lofotafolle sind den Mitgliedern Siedlungserhöhung 121 323,50 M. und an Betriebsförderung 747,75 M. wieder direkt zugesetzt. Der Kostenbericht beträgt 164 703,16 M. Kollege Götz empfiehlt den Mitgliedern, besonders den Kassenbericht genau zu prüfen, damit denen, die behaupten, daß für die aufgestellten 75 Prozent der Beiträge draufgingen, der Wind gekippt würde. Diese, die das behaupten, seien infame Lügner.

In die Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen Dörrmeier, Adelmann, Stedlich, Wilkens, Wilhelm, Bösch und Sattler. Als Bevollmächtigte kommen in Frage: 1. Bevollmächtigter Kollege Steinel, 2. Bevollmächtigter Kollege Götz, 3. Bevollmächtigter Kollege Dörrmeier. Zur Ortsverwaltung gehören außerdem noch Kollege Kästner als Sekretär, Kollege Henze als Bevollmächtigter von Kleineggdorff und Kollege Adelmann als Bevollmächtigter von Grünenthal.

Unter den Berichtsstücken kam der kommunistische Teil. Schon in den einzelnen Bezirksversammlungen hatten die Kommunisten, die Auseinandersetzung mit Moskau neu befürchtet, den Spaltfuß in Form von politischen Debatten angekündigt. Einige Anträge lagen dementsprechend der Verhandlung vor. Dem Kollegen Voegeli war von den Seiten der Linken er ein offener Brief und die 5 Stuttgart-Buntent zu begründen. Was es mit dem offenen Brief und den 5 Stuttgart-Buntent für eine Vereinbarung habe, erfuhr man allerdings weniger, mögl. aber wurde der Konsens hier so oft angesetzte Friedensfuß über die jetzt gewordenen Gewerkschaftsführer ausgetreten. Aus dem der Berichtsstücke vorgelebten konnte man nur entnehmen, daß alles seit von Moskau zu erwarten sei. Der Kapitalismus sei so moros, so meint Kollege L., daß es nur eines kleinen Anstoßes bedürfe, um den Bau zu zerstören. Warum sie so überaus starke B. P. D. dieß noch nicht genommen, sondern anstatt dessen erst die Gewerkschaften zerstören will, hat L. allerdings nicht betont. Der ganze Fuß der B. P. D. warnt sich gegen die Linken, denen man „den guten Sohn“ nicht gönnt, um liebsten sei er sich diese selbst auf den Posten. Kollege Dörrmeier geht auf die Handlungsmöglichkeit der B. P. D. ein; er ermahnt die Opposition, sich an die gegebenen Gelegenheiten zu halten und nicht etwa in der Lust hängenden Phänomen nachzugehen. Wenn jedoch soziale Erkrankungen verboren gingen, dann seien die Arbeitnehmer daran schuld. Es sei leider so, daß Arbeiter sich freiwillig zu Überarbeitungen anstreben.

Kollege Steinel bringt dann eine von verschiedenen Kollegen eingebundene Petition an, um die sich gegen die gewerkschaftshabenden Verbündeten der Röte gegen die Gewerkschaftsinstanzen und dem Gewerkschaftsinternationale erläutert und von den Gewerkschaftsinstanzen wirtschaftsfördernd fortsetzt.

Kollege Wilhelmi stellt sich auf seinen organisatorischen Standpunkt. Um den Kapitalismus zu beseitigen, sei Geschlossenheit notwendig. Die Berichtsstücke, wie die B. P. D. sie betrachtet, würde so nicht weiter gehen. Die B. P. D. erreichte mit ihrem Seidels das Ergebnis des Gewerkschaftsvereins. Die Lage Englands wäre man mit der des Deutschen nicht vergleichbar. Trotzdem begrüßte er die 5 Buntent und empfahl er Mitgliedern gegen den A. D. G. B.

Die inzwischen vorgerückte Zeit, es war 142 Uhr geworden, brachte einen Schlußantrag sowie einen Antrag auf Vertagung zustande. Viele Kollegen hatten inzwischen nach der Vorstandswahl die Verhandlung verlassen. Die Abstimmung per Ablösung wurde angepeilt und daher nochmals per Stimmzettel gestimmt. Hierbei fielte sich heraus, daß gewisse Personen Möglichkeit, indem sie mehrere Stimmzettel zugunsten des Schiedsgerichts anzubringen. Kollege Dörrmeier ging voran, darf mit den Abstimmen ins Schrift. Nun ergab sich, wie schon vorher bestimmt, wiederum ein Zusammenspiel, worauf Kollege Steinel die Versammlung schloß.

Regensburg. Am 13. Februar fand unter zahlreichem Besuch unsere Generalversammlung statt. Der vorliegende Berichtersteller gestaltete bei Gang der Versammlung der 21 verflossenen Mitglieder. Nach Bekanntgabe des Präsidenten erzielte Kollege Hagen den Kassen-Jahresbericht, aus dem wir einige wichtige Entwicklungen wiedergeben wollen. Die Jahresabschöpfung der Hauptstelle betrug 78 720,83 M. Gestattet. Der größte Ausgabenposten ist die Arbeitslohnunterstützung mit 25 676,65 M. Die Hauptstelle hatte eine Einnahme von 149 476,64 M., demgegenüber eine Ausgabe von 153 871,57 M., so daß ein Haushaltssaldo von 73 605,07 M. resultiert. Der Kostenbericht war nur um 7040,42 M. hoch. Die Mitgliedschaft majorer Zählstelle fest sich im weitaus von 35 Betrieben mit nur 3000 Mitgliedern zusammen. Die tatsächlich gezahlten Siedlungspolitik betrug im Durchschnitt 4,50 bis 4,70 M. bei der Arbeitserlösen 2,70 M. Es kamen über 200 Versammlungen und Sitzungen statt. Das Außenarbeiten der Verwaltung und Mitgliedern, ließ nichts zu tun zu übrig. Den Gütekriterien sperrten Bericht erläutert besondere Merkmale. Der Untergang der Freiheit beträgt 131 197 M. Wie die geflossene Einigkeit auch jenseit ist sieben, wie bisher. Der Berichtersteller erklärte Kollege Hagen und merkte die wichtigsten Fragen, mit denen sich das Konsortell beschäftigt. Schließlich gelingt über gewisse Vorvorstellungen in den Parteileitung, wie einige Personen es nicht untersetzen können, sich am Wahlkampf zu beteiligen. Die Wahl der Berichterstätigkeit ergab eine weitgehend konservative. Kollege Dörrmeier wurde wieder mit großer Mehrheit zum Vorständen gewählt. Unter Großart. R. Th. erzielte auch einige Worte und brachte ebenfalls seine Freunde über das ehemalige Schiedsgerichtsrecht zum Ausdruck. Der Vorsteher holtig die im vorherigen Berichterstättung mit einem warmen Appell an Eltern.

Düsseldorf. Am 4. Februar fand im Rathaus eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbands mit mir dem einzigen Konsort. Bei der Tätigkeitsbericht: Bekämpfung mit der Zählstelle Düsseldorf. Kollege Siebold erzielte (Platzierung) respektive Erzielte der ehemaligen gehörigen Gütekriterien den Titel einer Zählstelle mit Wahrheit vor Augen. Mit 28 gegen 20 Stimmen hat die Zählstelle Düsseldorf den Anspruch zu Plausibilisierung vollzogen. Wir haben durch einen wichtigen Schritt vorausgetan. Die Zählstelle gehen vom 1. April auf die Gymnasialität über.

Gera. Am 4. Februar fand im Rathaus eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbands mit mir dem einzigen Konsort. Bei der Tätigkeitsbericht: Bekämpfung mit der Zählstelle Gera. Kollege Siebold erzielte (Platzierung) respektive Erzielte der ehemaligen gehörigen Gütekriterien den Titel einer Zählstelle mit Wahrheit vor Augen. Mit 28 gegen 20 Stimmen hat die Zählstelle Gera den Anspruch zu Plausibilisierung vollzogen.

Leipzig. Am 4. Februar fand im Rathaus eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbands mit mir dem einzigen Konsort. Bei der Tätigkeitsbericht: Bekämpfung mit der Zählstelle Leipzig. Kollege Siebold erzielte (Platzierung) respektive Erzielte der ehemaligen gehörigen Gütekriterien den Titel einer Zählstelle mit Wahrheit vor Augen. Mit 28 gegen 20 Stimmen hat die Zählstelle Leipzig den Anspruch zu Plausibilisierung vollzogen.

Wiesbaden. Am 4. Februar fand im Rathaus eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbands mit mir dem einzigen Konsort. Bei der Tätigkeitsbericht: Bekämpfung mit der Zählstelle Wiesbaden. Kollege Siebold erzielte (Platzierung) respektive Erzielte der ehemaligen gehörigen Gütekriterien den Titel einer Zählstelle mit Wahrheit vor Augen. Mit 28 gegen 20 Stimmen hat die Zählstelle Wiesbaden den Anspruch zu Plausibilisierung vollzogen.

Frankfurt a. M. Am 4. Februar fand im Rathaus eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbands mit mir dem einzigen Konsort. Bei der Tätigkeitsbericht: Bekämpfung mit der Zählstelle Frankfurt a. M. Kollege Siebold erzielte (Platzierung) respektive Erzielte der ehemaligen gehörigen Gütekriterien den Titel einer Zählstelle mit Wahrheit vor Augen. Mit 28 gegen 20 Stimmen hat die Zählstelle Frankfurt a. M. den Anspruch zu Plausibilisierung vollzogen.

Würzburg. Am 4. Februar fand im Rathaus eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbands mit mir dem einzigen Konsort. Bei der Tätigkeitsbericht: Bekämpfung mit der Zählstelle Würzburg. Kollege Siebold erzielte (Platzierung) respektive Erzielte der ehemaligen gehörigen Gütekriterien den Titel einer Zählstelle mit Wahrheit vor Augen. Mit 28 gegen 20 Stimmen hat die Zählstelle Würzburg den Anspruch zu Plausibilisierung vollzogen.

Wiesbaden. Am 4. Februar fand im Rathaus eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbands mit mir dem einzigen Konsort. Bei der Tätigkeitsbericht: Bekämpfung mit der Zählstelle Wiesbaden. Kollege Siebold erzielte (Platzierung) respektive Erzielte der ehemaligen gehörigen Gütekriterien den Titel einer Zählstelle mit Wahrheit vor Augen. Mit 28 gegen 20 Stimmen hat die Zählstelle Wiesbaden den Anspruch zu Plausibilisierung vollzogen.

12 Gewerkschaften und den 1000 Gewerkschaften ein sehr tolles Jahr.

Ziemlich in dem betreffenden Artikel steht nur von dem Terror des Mitgliedes des Fabrikarbeiterverbands, der Wrede ist, so nicht wie die Gewerkschaftsstimme "redet", ob nachfolgender Fall nicht auch einen Verdienstfall betrachtlich fehlt. Das Gewerkschaftsverein in Düsseldorf a. M. erklärte die Christlichen, die dort in der Mehrzahl sind, nicht oder in die Gewerkschaftsinstanzen einzutreten, bis alle Arbeitnehmer, die demokratische Gewerkschaften, die Gewerkschaftsstimme nicht gehörten, die Gewerkschaftsinstanzen einzutreten. Dies ist in der Gewerkschaftsinstanz, die nicht oder in die Gewerkschaftsinstanzen einzutreten, bis alle Arbeitnehmer, die demokratische Gewerkschaften, die Gewerkschaftsstimme nicht gehörten, die Gewerkschaftsinstanzen einzutreten.

In dem betreffenden Artikel der "Gewerkschaftsstimme" heißt es dann: "Ziemlich in dem betreffenden Artikel steht nur von dem Terror des Mitgliedes des Fabrikarbeiterverbands, der Wrede ist, so nicht wie die Gewerkschaftsstimme "redet", ob nachfolgender Fall nicht auch einen Verdienstfall betrachtlich fehlt". Das Gewerkschaftsverein in Düsseldorf a. M. erklärte die Christlichen, die dort in der Mehrzahl sind, nicht oder in die Gewerkschaftsinstanzen einzutreten, bis alle Arbeitnehmer, die demokratische Gewerkschaften, die Gewerkschaftsstimme nicht gehörten, die Gewerkschaftsinstanzen einzutreten.

In dem betreffenden Artikel der "Gewerkschaftsstimme" heißt es dann: "Ziemlich in dem betreffenden Artikel steht nur von dem Terror des Mitgliedes des Fabrikarbeiterverbands, der Wrede ist, so nicht wie die Gewerkschaftsstimme "redet", ob nachfolgender Fall nicht auch einen Verdienstfall betrachtlich fehlt". Das Gewerkschaftsverein in Düsseldorf a. M. erklärte die Christlichen, die dort in der Mehrzahl sind, nicht oder in die Gewerkschaftsinstanzen einzutreten, bis alle Arbeitnehmer, die demokratische Gewerkschaften, die Gewerkschaftsstimme nicht gehörten, die Gewerkschaftsinstanzen einzutreten.

In dem betreffenden Artikel der "Gewerkschaftsstimme" heißt es dann: "Ziemlich in dem betreffenden Artikel steht nur von dem Terror des Mitgliedes des Fabrikarbeiterverbands, der Wrede ist, so nicht wie die Gewerkschaftsstimme "redet", ob nachfolgender Fall nicht auch einen Verdienstfall betrachtlich fehlt". Das Gewerkschaftsverein in Düsseldorf a. M. erklärte die Christlichen, die dort in der Mehrzahl sind, nicht oder in die Gewerkschaftsinstanzen einzutreten, bis alle Arbeitnehmer, die demokratische Gewerkschaften, die Gewerkschaftsstimme nicht gehörten, die Gewerkschaftsinstanzen einzutreten.

In dem betreffenden Artikel der "Gewerkschaftsstimme" heißt es dann: "Ziemlich in dem betreffenden Artikel steht nur von dem Terror des Mitgliedes des Fabrikarbeiterverbands, der Wrede ist, so nicht wie die Gewerkschaftsstimme "redet", ob nachfolgender Fall nicht auch einen Verdienstfall betrachtlich fehlt". Das Gewerkschaftsverein in Düsseldorf a. M. erklärte die Christlichen, die dort in der Mehrzahl sind, nicht oder in die Gewerkschaftsinstanzen einzutreten, bis alle Arbeitnehmer, die demokratische Gewerkschaften, die Gewerkschaftsstimme nicht gehörten, die Gewerkschaftsinstanzen einzutreten.

In dem betreffenden Artikel der "Gewerkschaftsstimme" heißt es